

Mittelsächsische LinksWorte

21. APRIL 2021

Nr. 161

15. JAHRGANG



„Corona-gerecht“ beglückwünscht die Kreisvorsitzende **MARIKA TÄNDLER-WALENTA** Genossen **STEFAN HARTMANN**, gemeinsam mit **SUSANNE SCHAPER** Vorsitzender der sächsischen LINKEN, zu seiner Wahl als Direktkandidat der LINKEN im Bundestags-Wahlkreis 161 (Mittelsachsen). Die mittelsächsische LINKE traf sich am 27. März zu einer Präsenz-Kreiswahlversammlung in Hartha. Neben der Nominierung von **STEFAN HARTMANN** wurden zehn Delegierte des Kreisverbandes gewählt, die auf der Landesvertreter*innen-Versammlung am 24. April die sächsische Landesliste für die Bundestagswahlen aufstellen werden.

DIE DREI TITELTHEMEN DIESER AUSGABE:

1. BERICHTET:

**DIE LINKE AUF DEM WEG ZU DEN
BUNDESTAGSWAHLEN**

2. INFORMIERT:

**DIE LINKSFRAKTION ZUR SITZUNG DES KREIS-
TAGES VOM 24. MÄRZ 2021**

3. ZUSAMMENGEFASST:

**DIE ARBEIT DES „TEAMS TÄNDLER-WALENTA“
UNTER DEN BEDINGUNGEN DER PANDEMIE**

- 2 editorial & standpunkt
- 3 kolumne & verleihung frauenpreis
- 4/5/6 **titelthema 1: im blickpunkt: die bundestagswahl**
- 7 **titelthema 2: kreistagsfraktion zur sitzung vom 24. märz**
- 8 **titelthema 3: aktuelles aus dem „team tändler-walenta“**
- 9 Verkehrsplanung im landkreis teil -3-
- 10 **unsere serie zur politischen bildung: beitrag -66-: von der gründung der sed zu einer „partei neuen typs“**
- 11 kreisvorstand & glückwünsche & historische daten
- 12 termine & querbeet

Erscheinungstag der nächsten gedruckten Ausgabe der „Mittelsächsischen LinksWorte“ ist Mittwoch, der 19. Mai 2021. **Redaktionsschluss** ist am Mittwoch, dem 12. Mai. Unsere Leser bitten wir darum, für den Druck und die Verteilung der „Mittelsächsischen LinksWorte“ an die Ortsverbände der LINKEN und die Bürgerbüros der LINKEN im Landkreis Mittelsachsen zu spenden.

Spendenempfehlung: 12,00 Euro als Jahresbeitrag. Geldspenden unter Angabe des Verwendungszwecks „Spende für LinksWorte“ sind auch unter folgender Bankverbindung möglich:

DIE LINKE. Mittelsachsen

Sparkasse Mittelsachsen

IBAN: DE 87 8705 2000 3115 0282 10

BIC: WELADED1FGX

Kritische und polemische Zuschriften sind von der Redaktion ausdrücklich erwünscht. Bei Veröffentlichung bringen sie jedoch nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion zum Ausdruck.

Impressum

Herausgeber:



KREISVORSTAND MITTELSACHSEN

Postanschrift der Redaktion:

Kreisgeschäftsstelle der LINKEN
Redaktion „LinksWorte“
09599 Freiberg, Lange Straße 34
Telefon: 0 37 31 - 2 22 56
Telefax: 0 37 31 - 20 21 40
e-mail: hans.weiske@dielinke-mittelsachsen.de

Redaktion: Ruth Fritzsche, Achim Grunke, Gottfried Jubelt, Kati Voigt, Hans Weiske (verantw. i.S.d.P.)

Layout und Satz: A • Bi • Te
Agentur für Bild und Text Dr. Hans Weiske
Birkenstraße 23 b
09557 Flöha/OT Falkenau

Druck: Druckerei Willy Gröer GmbH & Co. KG
Kalkstraße 2, 09116 Chemnitz

Internet: Die „LinksWorte“ kann man über die Webseite des Kreisverbandes der LINKEN aufrufen. Durch einen Klick kann man dort neben der jeweils aktuellen Ausgabe ein Gesamtarchiv mit allen seit November 2006 erschienen Ausgaben der „LinksWorte“ öffnen.

aus der redaktion

Liebe Leserinnen und Leser,

Es ist viel los in diesen Tagen in unserem Land. Manches, was wir an dieser Stelle aufschreiben, wird schon wieder überholt sein, wenn diese Zeitung unsere Leserinnen und Leser erreicht. Das betrifft vor allem die dritte Welle der Corona-Pandemie und das Gerangel darum, wie der Bund, die Länder und Kommunen darauf reagieren müssen. Das betrifft aber auch die unsägliche Geschichte, wie die „Union“ ihre „K-Frage“ zu lösen versucht. Ihr ist unsere heutige Kolumne gewidmet.

Aber zur LINKEN. Leider muss vieles, was die Arbeit der Partei betrifft, weiterhin online ablaufen und nach Lage der Dinge wird sich nicht so schnell etwas daran ändern. Fast unkommentiert von der Öffentlichkeit ist durch SUSANNE HENNIG-WELZOW und JANINE WISSLER ein neuer Entwurf des Bundestagswahlprogramms vorgelegt worden. Aber nicht deshalb, sondern wegen des am 14. April erschienenen Buchs „Die Selbstgerechten“ von Sahra Wagenknecht. Damit beschäftigt sich unser nebenstehender Standpunkt.

*Bis September wird der Fahrplan der LINKEN zur Bundestagswahl unser Titelthema -1- sein. In dieser Ausgabe sind ihm die Seiten -4- bis -6- gewidmet - mit den Schwerpunkten Bundestagswahlprogramm, der mittelsächsischen Kreiswahlversammlung und der sächsischen Landesvertreter*innenversammlung. Außerdem gehen wir auf die Kreisvorsitzenden- und Aktionskonferenz ein, die nach Redaktionsschluss am 16. April online stattfand. Das alles erfolgt schon mit Blick auf den Bundesparteitag im Juni, auf welchem das Wahlprogramm beraten und bestätigt wird.*

*Am 24. März fand die erste Sitzung des mittelsächsischen Kreistages im „zweiten Corona-Jahr“ statt. Der Fraktionsvorsitzende Gottfried Jubelt berichtet im Titelthem -2- aus der Sicht seiner Fraktion über die Beratung. Bemerkenswert ist dabei, dass ein Ergänzungsantrag der Linksfraktion zum Teilschulnetzplan Berufsbildende Schulen von allen anwesenden Kreisrät*innen ohne Gegenstimme und ohne Enthaltung einstimmig angenommen wurde. Vom „Team Tändler-Walenta“ gibt es im Titelthema -3- wieder eine Vielzahl von Informationen. Bemerkenswert ist dabei besonders, dass sich Max Lenk als Regionalmitarbeiter im Bürgerbüro Mittweida (was gegenwärtig natürlich geschlossen bleiben muss) bereit erklärt hat, ehrenamtlich die Fäden des Wahlkampfes in Vorbereitung der Bundestagswahlen zusammen zu halten. Auf Seite -3- berichten wir über die Verleihung des vom Kreisverband der LINKEN gestifteten Frauenpreises.*

Im heutigen Beitrag unserer Serie zur politischen Bildung und Information beleuchtet Achim Grunke den Prozess die Gründung der SED vor 75 Jahren und ihrer schrittweisen Umformung zu einer stalinistischen „Partei neuen Typs“.
Unsere Leserinnen und Lesern wünschen wir eine anregende und informative Lektüre.

das bundestags-wahlprogramm, sahra wagenknecht und die linke

von RUTH FRITZSCHE

Nach der Beratung des Parteivorstandes am 09. und 10. April 2021 legten unsere beiden erst im Februar 2021 gewählten Vorsitzenden, Janine Wissler und Susanne Hennig-Wellsow ihre Gedanken aus dem Wahlprogrammwurf vor der Presse dar. Es kann gar nicht anders sein, dass die inhaltlichen Erkenntnisse dem entsprechen, womit sich zuerst die PDS und später die LINKE in ihrer täglichen praktischen Arbeit beschäftigt, nämlich ihr konsequentes Eintreten „Für soziale Sicherheit, Frieden und Klimagerechtigkeit!“ Somit ist die Linkspartei in ihren Debatten über ein Programm für die Bundestagswahl weiter vorangekommen. So werden wir auch in Sachsen und konkret bei uns in Mittelsachsen zu den aufgeworfenen Themenfeldern für eine mittelsächsische Perspektive diskutieren. Das betrifft bei uns besonders Gerechtigkeit für die Menschen in Ostdeutschland oder auch den Schwerpunkt öffentlicher Dienst und ländlicher Raum.

Das wäre für mich alles in bester Ordnung, wenn nun nicht schon wieder Sahra Wagenknecht mit irgendeinem Buch und ihren Thesen in Erscheinung treten würde. Aufmerksam darüber wurde ich am 09.04. durch eine Mitteilung aus dem Tele-Text, dass Bundesvorstandsmitglieder der LINKEN davor warnen, Sahra Wagenknecht als Spitzenkandidatin in Nordrhein-Westfalen zu wählen. Nun wird am 13.04. im Neuen Deutschland klar und deutlich zum Ausdruck gebracht, dass die Diskussion über das Wahlprogramm vom Streit über die Thesen von Wagenknecht überschattet wird. Es ist ganz klar, dass die Wahl von Wagenknecht am vergangenen Sonnabend zur Spitzenkandidatin in Nordrhein-Westfalen auch bei der Beratung des Bundesvorstandes eine Rolle gespielt hat, zumal es ja im Bundesvorstand im Gegensatz zu Nordrhein-Westfalen Genossinnen und Genossen gibt, die diese Wahl sehr kritisch betrachtet haben. Diese Genossinnen und Genossen werden auf keinen Fall Ruhe geben und das mit Recht. Für mich stellt sich die Frage genau so kritisch. Was fällt der Sahra Wagenknecht eigentlich ein, im Vorfeld der Bundestagswahl ein Buch oder Thesen herauszubringen, die der Partei nicht helfen oder vielmehr eher schaden könnten. Siehe hierzu auch die Sofortinformation des Bundesgeschäftsführers. In der Pressekonferenz wurde auch über diese Angelegenheit mit unseren Vorsitzenden diskutiert. Sie haben klar und eindeutig zum Ausdruck gebracht, dass nur der Wahlkampf führen kann, der vollinhaltlich hinter der Position des Wahlprogrammes steht. Somit ist für mich sehr wichtig, was eingangs vom Redakteur Aert van Riel in seinem Artikel über die Beratung des Parteivorstandes vom 09./10.04. gesagt wird: „Eine Strategie, wie interne Konflikte um Wagenknecht befriedet werden können, gibt es offenbar nicht.“ Nach meiner Auffassung, muss sie es aber unbedingt geben.

auf seite - drei -
- immer konsequent links -

unser monatlicher
aktueller meinungsbeitrag

Von **HANS WEISKE**

Im Herbst 2018 hat Angela Merkel ihren Verzicht auf eine erneute Kanzlerkandidatur im Jahr 2021 und ihren Rückzug vom Vorsitz der CDU angekündigt. Inzwischen ist viel Wasser durch „Spreeathen“ geflossen. 30 Monate hatten die Granden der „Union“ Zeit, über die Kanzlerkandidatur nach Merkel nachzudenken und eine einvernehmliche Lösung zu suchen und zu finden. Schon die Suche nach der/den künftigen Parteivorsitzenden der CDU endete in einem mehrteiligen Trauerspiel und erschütterte die Partei in ihren Grundfesten. Über Monate spielte der bajuwarische Selbstdarsteller Markus Söder auf Zeit und betonte immer wieder, wo sein Platz sei: in Bayern. Jetzt aber führt sein am vergangenen Wochenende gestartetes Manöver zu einem Politikrimi, der seinesgleichen sucht. Vor dem Hintergrund enorm sinkender Zustimmungswerte für die CDU sah er plötzlich die Gefahr, dass es im Herbst nicht mehr darum gehe, wer Kanzler von Unions Gnaden wird, sondern ob die Kanzlerschaft überhaupt an die Union geht. Im Hinterkopf hat er dabei einerseits die Meinung eines beachtlichen Teils der CDU-Basis, dass er der bessere Kanzlerkandidat sei, andererseits seine aktuellen guten Umfrageergebnisse unter der Bevölkerung im Vergleich zum „Umfragetiefflieger“ Armin Laschet. Im Ergebnis seines Nachdenkens tönte es aus München: „Wenn die CDU mich bittet, dann mache ich es!“.

So war der Sachstand am vergangenen Montag, dem 12. April, gegen 9 Uhr. Am Vormittag stellten sich Präsidium und Vorstand der CDU einhellig hinter Laschet. Etappensieg für den Tiefflieger! Wer nun gedacht hatte, das war es, sah sich getäuscht. Söder holte sich am Nachmittag den Segen der CSU-Führung und beharrte auf seinem Standpunkt. Am Dienstagnachmittag begaben sich die beiden Dompteure in die über 240 Abgeordnete zählende Unionsfraktion und buhlen im Zustimmung - wie man hört, mit Vorteilen für Söder. Der malten natürlich die Gefahr einer krachenden Wahlniederlage und den Verlust vieler Abgeordnetenmandate an die Wand. Seitdem - ich schreibe diese Zeilen als letzte für diese Ausgabe der LinksWorte am Donnerstagvormittag - ist Ruhe. Man habe noch einmal telefoniert, ist von Laschet zu hören. Söder brachte ein knappes „alles wird gut“ über die Lippen. Einer der beiden wird als Verlierer vom Platz gehen. Der Sieger von heute aber wäre kein Sieger von morgen, wenn er die Bundestagswahl für die „Union“ an den Baum setzt. Was das alles für die anderen im Bundestag vertretenen Parteien bedeutet, darüber lässt sich trefflich streiten. Was DIE LINKE betrifft, so schreibt die „Freie Presse“: „Die Linken haben andere Sorgen, als auf die Spitzenkraft der Union zu schauen. Dafür sorgt schon die selbstzerstörerische Energie Sahra Wagenknechts.“

verleihung des alternativen frauenpreises

von **MARIKA TÄNDLER-WALENTA**

In diesem Jahr haben wir bereits zum dritten Mal den Frauenpreis der LINKEN in Mittelsachsen vergeben. Der im Jahr 2019 von mir initiierte Frauenpreis soll stellvertretend für diejenigen Frauen in Mittelsachsen verliehen werden, die sich täglich sowohl haupt- als auch ehrenamtlich für unsere Gesellschaft einsetzen.

Durch die mediale Bewerbung sind uns einige Vorschläge zugegangen, so dass der Kreisvorstand aus verschiedenen Nominierungen ausgewählt hat. Die Entscheidung über den diesjährigen Preis ist uns nicht leichtgefallen, denn jeder der Vorschläge hatte seine Berechtigung. Letztendlich haben wir uns entschieden den Preis zwischen zwei Frauen aufzuteilen. Ich habe mich dabei sehr gefreut, den Preisträgerinnen Melanie Doan aus Waldheim und Carmen Sehm aus Flöha über die Auszeichnung zu informieren. Melanie Doan erreichte ich nach ihrer Tätigkeit als Pflegerin und informierte sie über die Auszeichnung. Sie steht dabei stellvertretend für die vielen Frauen, die in dem Bereich der Pflege tätig sind. Sie war schlicht überwältigt von meinem Anruf, sagte mir, dass sie heute einen etwas härteren Tag hatte und gerade von Arbeit kommt und sich riesig über die Auszeichnung freut.

Carmen Sehm war schlicht sprachlos über die Preisauszeichnung. Carmen ist in ihrer Freizeit in vielen Bereichen ehrenamtlich engagiert. Sie hilft in

der Mittelschule als Betreuerin im Ganztagsangebot, ebenso ist sie Mitglied der Stadtratsfraktion Flöha und darüber hinaus begleitet sie Familien durch schwierige Zeiten, indem sie für das Kinderhospiz „Schmetterling“ in Chemnitz ehrenamtlich tätig ist. Dazu gehört die Betreuung krebskranker Kinder und deren Geschwisterkinder um die Eltern zu entlasten. Als ich unseren Oberbürgermeister von Flöha, Volker Holuscha über die Auszeichnung informiert habe und ihn fragte, ob er an der Übergabe teilnehmen könnte, sagte er ohne zu zögern zu. Dementsprechend haben wir uns in Flöha zur Übergabe getroffen und ich habe ihr persönlich für ihr ehrenamtliches Engagement gedankt. Dabei berichtete sie uns von einer weiteren Leidenschaft, dem Bergbauverein in Sachsenburg. Neben der gemeinsamen Preisübergabe mit Volker Holuscha war es ihr ein persönliches Anliegen, dem Kinderhospiz in Chemnitz eine Spende zukommen zu lassen.

In diesem Jahr hat sich gezeigt, dass sich der Frauenpreis der LINKEN Mittelsachsen als Auszeichnung etabliert hat und wir damit ein fester Bestandteil der Ehrungen um den 8. März in Mittelsachsen geworden sind. Als Zeichen der Wertschätzung ihres Engagements freue ich mich, den Preis persönlich zu überbringen und dabei so engagierte und starke Frauen zu treffen, die sich für unsere Gesellschaft sowohl haupt- als auch ehrenamtlich, einsetzen.



07.04.2021 10:00 Uhr
Frauentagspreis geht nach Waldheim

428 Frauen aus Mittelsachsen sind nominiert worden. Zwei bekommen den Preis von Marika Tändler-Walenta überreicht.



Das Kennzeichen der Partei Die Linke zwischen Melanie Doan und dem ehemaligen Frauentagspreisträgerin aus Waldheim. Dieses Foto aus Juli/August 2019 entstand. Dieses ist nach Melanie Doan als Statistin bewertet - und ist gratis! © Ankerbild/Thomas Thoma

Zu unseren Bildern:

Die Kreisvorsitzende **MARIKA TÄNDLER-WALENTA** beglückwünscht **CARMEN SEHM** aus Flöha als Preisträgerin des Frauenpreises 2021 (Bild oben links). Der Oberbürgermeister von Flöha, **VOLKER HOLUSCHA** (DIE LINKE), nahm ebenfalls an der Ehrung teil. (Bild oben).

Während die Ehrung von Carmen Sehm der „Freien Presse“ in ihrer Regionalausgabe wenigstens eine Kurznotiz wert war, berichtete die Döbelner Regionalpresse in Wort und Bild über die Preisverleihung an **MELANIE DOAN** aus Waldheim (Screenshot links).

Organisiert vom Wahlkampfmanager **MAX LENK** fand die zweite offene Online-Debatte im Kreisverband Mittelsachsen statt. Online konnte man den Landesvorsitzenden und Bewerber für den Bundestagswahlkreis 161, Stefan Hartmann persönlich kennenlernen und ihm bereits im Vorfeld der Kreiswahlversammlung Fragen stellen. Eine dritte offene Online-Debatte ist für den 22. April geplant (siehe dazu Seite -6).



Mehr und mehr rücken die Bundestagswahlen am 26. September in den Blickpunkt. Was dazu bei der LINKEN im Bund, in Sachsen und im Landkreis Mittelsachsen passiert, steht in den kommenden Monaten im Mittelpunkt unseres Titelthemas -1-. Auf den folgenden drei Seiten dieser Ausgabe rücken wir die Diskussion zum Bundestagswahlprogramm, die bevorstehende sächsische Landesvertreter*innen-Versammlung und die mittelsächsische Kreiswahlversammlung in den Mittelpunkt.

Am 12. April wurde der Entwurf des Bundestagswahlprogramms der LINKEN öffentlichkeitswirksam präsentiert. Am 16. April findet - online - eine Kreisvorsitzenden- und Aktionskonferenz statt. Der vorliegende Programm-Entwurf wird zum Leitantrag für den Wahlprogrammparteitag im Juni (dazu nebenstehend mehr).

Auf einer Kreiswahlversammlung am 27. März wurde der Landesvorsitzende Stefan Hartmann als Direktkandidat für DIE LINKE im Bundestagswahlkreis 161 nominiert und die zehn Vertreter*innen des Kreisverbandes für die Landesvertreter*innen-Versammlung am 24. April nominiert. Dort wird die sächsische Landesliste der LINKEN zu den Bundestagswahlen aufgestellt. (mehr dazu auf den Seiten -5- und -6- dieser Ausgabe).

kreisvorsitzenden- und aktionskonferenz

Am 17. und 18. April 2021 (nach Redaktionsschluss) fand die diesjährige Kreisvorsitzenden- und Aktionskonferenz „DIE LINKE macht das Land gerecht!“ online statt. Es bestand die Möglichkeit, mit zahlreichen Kreisvorsitzenden und Kampagnenaktiven aus dem gesamten Bundesgebiet zu diskutieren. In diesem Jahr stehen neben zahlreichen Landtags- und Kommunalwahlen im September die Bundestagswahlen an. Diese Wahlen sollten wir nutzen um Menschen für unsere Ideen zu begeistern - aber auch um Mitglieder zu aktivieren, zu gewinnen und zu halten. Am ersten Konferenztag standen inhaltliche Foren zu den Themen:

- Pflegenotstand stoppen!
- Systemwechsel in Gesundheit und Pflege
- Löhne hoch, Mieten runter!
- Gegen Rassismus: Soziale Offensive und gleiche Rechte für alle!
- Für Frieden und Abrüstung! Waffenexporte verbieten
- Mit Steuern Umsteuern

auf der Tagesordnung.

Am Sonntag gab es Workshops zu den Themen:

- Wahlkampf in Coronazeiten: Grundlagen, Analyse und Aktivierung für einen erfolgreichen Wahlkampf



Bereits seit dem Januar 2021 konnte auf der Webseite ein erster Entwurf des Bundestagswahlprogramms der LINKEN nachgelesen werden. Autoren waren die damaligen Parteivorsitzenden **KATJA KIPPING** und **BERND RIEKINGER**. Am 12. April wurde durch **SUSANNE HENNIG-WELZOW** und **JANINE WISSLER** der überarbeitete Entwurf des Wahlprogramms als Leitantrag für den Wahlprogrammparteitag am 19. und 20. Juni vorgestellt, der am 10./11. April vom Parteivorstand beschlossen wurde.

Wenn man auf der Webseite www.die-linke.de den Link „ZUM WAHLPROGRAMMENTWURF“ öffnet, kann man dort den Leitantrag zum Wahlprogramm als Vorabveröffentlichung lesen oder als PDF-Datei downloaden (dazu sind aber 121 Seiten Lektüre zu verarbeiten, allein das Inhaltsverzeichnis fast vier Seiten!). Außerdem gibt es Links zu einer Präsentation des Leitantrags mit kurzgefassten inhaltlichen Schwerpunkten (diese steht als PDF-Datei ebenfalls zum Download bereit) und zur Seite des Wahlprogrammparteitages 2021, dessen Einberufung ebenfalls am 10./11. April beschlossen wurde.

- Haustürwahlkampf: Mit linken Themen an die Haustüren. Vom Gesprächsleitfaden bis zur Haustür - mit Praxisübungen
- Offene Wahlkampftreffen - ein how to
- Wozu eigentlich linksaktiv? Vom Wahlkampf bis zur nachhaltigen Einbindung von Interessierten
- Was kann die LINKE Wahlkampf App? Und wie können wir sie im Wahlkampf erfolgreich nutzen?
- Storytelling - eine linke Geschichte: Wie schaffen wir linke Erzählungen, die wir glaubhaft mit unseren Forderungen verbinden? Und wie kann eine Geschichte der LINKEN aussehen?
- Organizing in der Nachbarschaft in Wahlkampfzeiten: Vom Haustürgespräch zur Wahlkampfunterstützung

Durch das Onlineformat musste die Teilnehmerzahl nicht beschränkt werden. Aus dem mittelsächsischen Kreisverband nahmen die Kreisvorsitzende **MARIKA TÄNDLER-WALENTA** und Wahlkampfmanager **MAXIMILIAN LENK** an der Online-Konferenz teil.



Seit dem 12. Januar stehen bei der LINKEN „Super-Dienstage“ (neudeutsch „Super Tuesday“) auf dem Programm. Angeboten werden in einer Online-Veranstaltungsreihe Workshops zu ganz praktischen Fragen des Wahlkampfes.

Im folgenden die vorgesehenen Workshops bis Ende Mai:

- 13. April: Fotografie im politischen Kontext
- 20. April: Umgang mit Hass im Netz
- 27. April: Das Virus geht mit wählen: Wahlkampf in Zeiten von Corona?
- 04. Mai: Framing - mit Deutungsmustern politische Inhalte transportieren
- 11. Mai: Unterwegs für die Sache: Mobile Reporting
- 18. Mai: Türen öffnen, Herzen gewinnen: Einführung in den Haustürwahlkampf
- 25. Mai: Den Überblick behalten: Einführung in die Wahlkampf-App

Die Online-Veranstaltungsreihe läuft noch bis zum 20. Juli. Im Mai veröffentlichen wir die Termine im Juni und Juli.



Weiterbildungsreihe für Mitglieder und Öffentlichkeitsarbeiter*innen. Hier geht's zur Übersicht und der Anmeldung (Passwortgeschützt, da nur für Mitglieder).

Ein passwortgeschütztes Weiterbildungsangebot zur digitalen Öffentlichkeitsarbeit gibt es auch auf der Webseite des Landesverbandes

am 26. september 2021



RATSCHLÄGE

zum Wahlprogramm **DIE LINKE.**

Der Entwurf des Bundestagswahlprogramms der LINKEN als Leit-antrag an den Wahlprogrammparteitag benennt in der Vorabveröffentli- chung - die 121 Seiten umfasst - nach der fast sechseitigen Einleitung folgende Schwerpunkte:

- Gute Arbeit, gute Löhne - Demokratie gilt auch im Betrieb
- Gute Rente, gutes Leben: Solidarische Erwerbstätigenversicherung
- Soziale Sicherheit für alle
- Pflegenotstand stoppen! Systemwechsel in Gesundheit und Pflege
- Keine Profite mit Miete und Boden: Zuhause für alle
- Gute Bildung: gerecht, gebührenfrei, ein Leben lang
- Für einen ökologisch-sozialen Systemwechseln
- Gerechte Mobilität: ökologisch und bezahlbar für alle - mit guten Arbeitsplätzen
- Klimagerechtigkeit und Energiewende
- Für eine nachhaltige Landwirtschaft: Gesunde Nahrungsmittel für alle
- Biologische Vielfalt, Tierwohl und Ressourcen schützen
- Mehr Rechte für Verbraucher
- Gerechtigkeit für die Menschen in Ostdeutschland. Eine Zukunft für die Regionen
- Starke Kommunen, gute Lebensqualität
- Mit Steuern umsteuern
- Die Macht der Banken und Finanzmärkte brechen
- Für eine Digitalisierung, die den Menschen nützt
- Für Gerechtigkeit, Selbstbestimmung und die Vielfalt der Geschlechter
- Selbstbestimmt leben in einer inklusiven und barrierefreien Gesellschaft
- Für Frieden und Abrüstung. Waffenexporte verbieten
- Soziale Gerechtigkeit weltweit
- Für ein solidarisches Europa!
- Eine solidarische Einwanderungsgesellschaft
- Die Demokratie stärken
- Kultur: Krisenfest, vielfältig und für alle zugänglich
- Wie wir das Land verändern

kreiswahlversammlung der mittelsächsischen linken am 27. märz in hartha

von HANS WEISKE

Die Kreiswahlversammlung des Bundestags-Wahlkreises 161 (Mittelsachsen) in der HarthArena in Hartha fand als Präsenzveranstaltung statt. Grundlage der Versammlung bildete ein strenges Hygienekonzept, dessen konsequente Umsetzung in den Händen des „Teams Tändler-Walenta“ in Person von **KATI VOIGT, FRANZISKA FEHST, MARVIN JAVANE UND MAX(IMILIAN) LENK** lag. Bereits am Eingang konnte jeder Teilnehmer der Versammlung eine persönliche FFP2-Atemschutzmaske für die Sitzung in Empfang nehmen und sich einem Corona-Test unterziehen. Diese waren allesamt negativ. Die Kreiswahlversammlung war perfekt organisiert. Federführend dabei der Wahlkampfmanager unseres Kreisverbandes, Max Lenk. Durch die straff geleitete Versammlung führte als „Ein-Mann-Präsidium“ der im Ortsverband Brand-Erbisdorf organisierte Landes-Wahlkampfmanager **LARS KLEBA**. Die Kreiswahlversammlung des Bundestagswahlkreises 161 (Mittelsachsen) hatte zwei wesentliche Aufgaben:

- Die Wahl der Wahlkreisbewerber*in der Partei DIE LINKE für den Bundestagswahlkreis
- Die Wahl der Vertreter*innen der Partei DIE LINKE aus dem Landkreis Mittelsachsen für die Landesvertreter*innenversammlung zur Aufstellung der Landesliste für die Bundestagswahl 2021

Eröffnet wurde die Veranstaltung durch die Kreisvorsitzende **MARIKA TÄNDLER-WALENTA**. Sie informierte die Versammlung, dass sich der Kreisvorstand einstimmig für die Kandidatur des Landesvorsitzenden **STEFAN HARTMANN** als Wahlkreisbewerber ausgesprochen hat. Weitere Bewerbungen waren nicht eingegangen und wurden auch am Versammlungstag nicht eingereicht. Damit blieb Stefan Hartmann der einzige Wahlkreisbewerber. Seine zehn-minütige Bewerbungsrede kann auf der Webseite des Kreisverbandes nachgehört werden. Das ist das Verdienst des Genossen **BERND SCHNEIDER** aus Brand-Erbisdorf, der die Audio-Datei ins Internet gestellt hat. Stefan Hartmann wurde mit 88,5 Prozent der Stimmen zum Direktkandidaten der LINKEN für den Bundestagswahlkreises 161 gewählt. An der Abstimmung durften nur 61 der anwesenden Genossinnen und Genossen teilnehmen. Sie wohnen in den Städten und Gemeinden, die zum Bundestagswahlkreis 161 (Mittelsachsen) gehören. Wir berichteten bereits darüber, dass die Genossinnen und Genossen aus den Städten und Gemeinden des Bundestagswahlkreises 163 (Chemnitzer Umland - Erzgebirgskreis II) bereits am 6. März in der Sachsenlandhalle Glauchau **SEBASTIAN BERNHARDT** aus Hohenstein-Ernstthal zum Wahlkreisbewerber gewählt hatten. Aber alle 74 zur Kreiswahlversammlung Anwesenden (darunter auch 13 Vertreter aus dem Bundestagswahlkreis 161) waren berechtigt, die zehn Delegierten des Kreisverbandes zur Landesvertreter*innenversammlung, auf der die sächsische Landesliste der LINKEN zur Bundestagswahl beraten und bestätigt wird, zu wählen. Zwischen den Wahlgängen berichtete der Fraktionsvorsitzende **GOTTFRIED JUBELT** über die Arbeit der Kreistagsfraktion. (zur Landesvertreter*innenversammlung siehe unseren Beitrag auf der nächsten Seite).

Im Ergebnis der Wahl einer „Liste zur Sicherung der Mindestquotierung“ und einer „gemischten Liste“ werden folgende Genossinnen und Genossen den mittelsächsischen Kreisverband der LINKEN auf der Landesvertreter*innenkonferenz am 24. April in Dresden vertreten:

- | | |
|---------------------------------|-----------------------------------|
| ■ TORSTEN BACHMANN | Ortsverband Mittweida |
| ■ TIFFANY DIETZE | Ortsverband Penig |
| ■ LARS KLEBA | Ortsverband Brand-Erbisdorf |
| ■ DIETER KUNATH | Ortsverband Leisnig |
| ■ JANA PINKA | Ortsverband Freiberg |
| ■ DAVID RAUSCH | Ortsverband Rochlitz-Geringswalde |
| ■ JULIANE SCHARRER | Ortsverband Rochlitz-Geringswalde |
| ■ ANGELIKA SCHUBERT | Ortsverband Brand-Erbisdorf |
| ■ ROBERT SOBOLEWSKI | Ortsverband Rochlitz-Geringswalde |
| ■ MARIKA TÄNDLER-WALENTA | Ortsverband Roßwein |

im blickpunkt: die bundestagswahlen am 26. september 2021

**kreiswahlversammlung der
mittelsächsischen linken am 27. märz in hartha**



Impressionen von der Kreiswahlversammlung: In der HarthArena in Hartha (hier finden seit Beginn der Corona-Pandemie auch die Sitzungen des mittelsächsischen Kreistages statt) waren die Voraussetzungen gegeben, unter strengsten Hygienebedingungen auch eine Präsenz-Veranstaltung durchzuführen (**oberes Bild**). Die siebenköpfige Wahlkommission zählt die Stimmen für den Direktkandidaten Stefan Hartmann und für die Delegierten des Kreisverbandes zur Landesvertreter*innenversammlung, die am 24. April über die sächsische Landesliste zur Bundestagswahl beraten und beschließen werden. (**unteres Bild**).



STEFAN HARTMANN, Mitglied des Parteivorstandes der LINKEN und gemeinsam mit **SUSANNE SCHAPER** Vorsitzender der LINKEN in Sachsen bedankt sich für die Glückwünsche zu seiner Wahl zum Direktkandidaten der LINKEN im Bundestagswahlkreis 161.

Einladung zur dritten offenen Debatte mit Lars & Max

Die beiden vergangenen Debatten haben gezeigt, dass das Format einer Online-Debatte im Kreisverband nicht nur gut angenommen wird, sondern auch eine gute Plattform bietet, um die Geschehnisse in der Partei zusammen zu diskutieren und besprechen zu können. Nachdem wir euch zum letzten Termin die Möglichkeit geboten haben, unseren nun offiziell gewählten Direktkandidaten Stefan Hartmann mit Fragen zu löchern, steht jetzt der nächste Schritt an. Daher laden wir euch zur nunmehr dritten offenen Debatte am 22.04., ab 18 Uhr, ein. In dieser soll es um den anstehenden Wahlkampf gehen, dafür sind Lars Kleba als Landeswahlkampfleiter sowie Maximilian Lenk als ehrenamtlicher Wahlkampfleiter hier vor Ort in Mittelsachsen anwesend, um eure Fragen zu beantworten und eure Ideen mit aufzunehmen. Aufgrund der aktuellen Corona-Situation, wird die Veranstaltung erneut in einem sicheren Meetingraum von BigBlueButton stattfinden.

Mit solidarischen Grüßen an alle Genossinnen und Genossen des Kreisverbandes

**landesvertreter*innenversammlung der
sächsischen linken am 24. april in dresden**

Die Landesvertreter*innenversammlung zur Bundestagswahl am 26. September wählt die Landesliste der LINKEN Sachsen. Diese Landesliste und die Reihenfolge der Kandidat*innen auf ihr entscheiden darüber, wer für die sächsische LINKE in den Bundestag einzieht. Nach Auszählung der Ergebnisse für die Bundestagswahl wird feststehen, wie viele Plätze DIE LINKE bekommt. Damit steht auch fest, wie viele sächsische LINKE in die neue Bundestagsfraktion einziehen. Von deren Gesamtzahl werden dann die in den Wahlkreisen direkt gewählten Abgeordneten abgezogen. Das ist zur Bundestagswahl vor vier Jahren der LINKEN nur im Wahlkreis Leipzig II durch den Direktkandidaten Sören Pellmann gelungen. Die verbleibenden Plätze gehen an die Landesliste – und zwar in der Reihenfolge, wie sie auf der Landesvertreter*innenversammlung nominiert werden.

Dazu die folgende Übersicht zu den nominieren Wahlkreisbewerber*innen der LINKEN in den sächsischen Bundestagswahlkreisen (hervorgehoben sind die aktuellen Bundestagsabgeordneten, die mit Ausnahme von Michael Leutert alle wieder kandidieren:

- Wahlkreis 151 (Nordsachsen) Phillipp Rubach
- Wahlkreis 152 (Leipzig I) Nina Treu
- Wahlkreis 153 (Leipzig II) **Sören Pellmann**
- Wahlkreis 154 (Leipzig - Land) Julia Schramm
- Wahlkreis 155 (Meißen) Markus Phole
- Wahlkreis 156 (Bautzen I) **Caren Lay**
- Wahlkreis 157 (Görlitz) Marko Schmidt
- Wahlkreis 158 (Sächsische Schweiz-Osterzgebirge) **André Hahn**
- Wahlkreis 159 (Dresden I) **Katja Kipping**
- Wahlkreis 160 (Dresden II - Bautzen II) Silvio Lang
- Wahlkreis 161 (Mittelsachsen) Stefan Hartmann
- Wahlkreis 162 (Chemnitz) Tim Detzner
- Wahlkreis 163 (Chemnitz Umland - Erzgebirgskreis II) Sebastian Bernhardt
- Wahlkreis 164 (Erzgebirgskreis I) Clara Anne Bürger
- Wahlkreis 165 (Zwickau) **Sabine Zimmermann**
- Wahlkreis 166 (Vogtlandkreis) Johannes Höfer

Zusammensetzung der Landesvertreter*innenversammlung

Zur Landesvertreter*innenversammlung wurden aus den Stadt- und Kreisverbänden in Abhängigkeit von der Mitgliederzahl 160 Vertreter*innen aus den Kreisverbänden gewählt. Die meisten Delegierten werden aus den Bundestagswahlkreis Leipzig II (18), die wenigsten aus dem Bundestagswahlkreis Nordwestsachsen (6) entsandt. Aus dem Kreisverband Mittelsachsen entscheiden 10 Delegierte mit über die Landesliste (siehe dazu unseren Beitrag auf Seite -5-).

Verfahren zur Aufstellung der Landesliste

Anfang April wurde das an die 160 gewählten Vertreter*innen versandte „Arbeitsheft 1“ auf der Webseite des sächsischen Landesverbandes online gestellt. Es enthält neben allgemeinen Informationen, u.a. Corona-Hinweise und Hygienekonzept Regularien, u.a. zum Wahl- und Aufstellungsverfahren sowie die bis dahin vorliegenden 18 Kandidaturen für die Liste. Weitere Kandidaturen können bis zum Abschluss der Listen angemeldet werden.

Zur Erinnerung: Zur Bundestagswahl 2017 erreichte DIE LINKE in Sachsen 16,1 Prozent der Zweitstimmen, womit die auf die Listenpositionen 1 bis 5 gewählten Kandidat*innen (**KATJA KIPPING** als Spitzenkandidatin, **ANDRÉ HAHN**, **CAREN LAY**, **MICHAEL LEUTERT**, **SABINE ZIMMERMANN**) in den Bundestag einzogen. Hinzu kam **SÖREN PELLMANN**, der für DIE LINKE das Direktmandat im Wahlkreis 153 (Leipzig II) gewann.

Im Wahl- und Aufstellungsverfahren für die diesjährige Landesvertreter*innenversammlung wird – im Gegensatz zu den Verfahren in den Jahren 2013 und 2017 – ausdrücklich kein*e Spitzenkandidat*in nominiert. Von praktischer Bedeutung ist meines Erachtens nur die Wahl für die Listenplätze 1 bis 10, wahrscheinlich nur bis Listenplatz 6. Es ist vorgesehen, die Listenplätze 1 bis 10 in gesonderten Wahlgängen zu besetzen. Dafür ist jeweils die absolute Mehrheit erforderlich. Erreicht für einen dieser Listenplätze niemand die erforderliche Mehrheit, findet eine Stichwahl zwischen den beiden bestplatzierten Bewerbern statt. In einer solchen Stichwahl reicht die einfache Mehrheit.

das "team tändler-walenta" trotz der pandemie

Auch in diesem Monat gibt es in unserem Titelthema -3- vieles aus dem „Team Tändler-Walenta“ zu berichten. Um das von **Franziska Fehst** geführte Interview mit **Maximilian Lenk** in dieser Ausgabe unterzubringen, haben wir Berichte von der Verleihung des Frauenpreises 2021 auf Seite -3- und einer Aktion vor der Helios-Klinik in Leisnig auf Seite -12- „ausgelagert“. An dieser Stelle informieren wir aus dem Plenum des Landtages und drucken den zweiten Teil des Interviews, das Max Lenk mit dem Geschäftsführer des Studentenrates der Hochschule Mittweida führte, ab.

Plenumsbericht März 2021

von **FRANZISKA FEHST**

Am 03. März 2021 gab es zunächst eine Sondersitzung des Landtages – genau ein Jahr nach dem ersten Coronafall in Sachsen. Die AfD Fraktion in Sachsen ließ es sich nicht nehmen, einen Antrag auf Beendigung der Pandemie-Maßnahmen zu stellen. Trotz steigender Inzidenzzahlen musste so das komplette Parlament zusammenkommen. Fraktionsführer Rico Gebhardt nutzte trotzdem die Debatte, um eine Chronologie der Widersprüchlichkeiten von Regierungsentscheidungen aufzuzeigen.

Am 24. und 25. März 2021 tagte der Sächsische Landtag regulär. Neben verschiedenen Themen zur aktuellen Corona-Lage und Haushaltsfragen wurden von der Linksfraktion verschiedene Anträge eingebracht, wie zur schrittweisen Reaktivierung stillgelegter Eisenbahnstrecken sowie für die Wiederbestellung von Strecken für den Schienenpersonenverkehr, der Novellierung und Weiterentwicklung der Förderrichtlinie „Jugendpauschale“ sowie der Förderung von Kultur in Sachsen. Bei der aktuellen Debatte der SPD-Fraktion zum Thema „Von Mensch zu Mensch“: Das Ehrenamt stärken, den sozialen Zusammenhalt fördern“ sprach Marika Tändler-Walenta zu den großen Herausforderungen im Breitensport. Die Rede ist auf ihrer Webseite einsehbar.

Gordon Guido Oswald ist der Geschäftsführer des Studentenrates der Hochschule Mittweida und damit der erste Ansprechpartner für alle Studierenden an der Hochschule, auch in Corona Zeiten. Aufgrund der aktuellen Situation war es nicht möglich, dass ich mich persönlich mit Gordon treffen konnte, auch wäre es aufgrund unserer Terminpläne schwierig geworden, uns Online zu treffen, so dass wir entschieden das Interview über einen Fragekatalog durchzuführen und dieses nachträglich zu harmonisieren.

Welche Probleme und Schwierigkeiten ergeben sich aufgrund der Umstellung auf Digital?

Die digitale Lehre ist nicht nur für die Studierenden, sondern ebenso für alle Lehrenden herausfordernd. Langjährig in den Vorlesungssälen erprobte Lehr- und Lernmethoden müssen auf Online-Unterricht umgestellt werden. Dabei entfällt die soziale Interaktion fast vollständig. Die fehlenden Möglichkeiten sich in Mensen und Kantinen austauschen zu können, ist nicht nur sozial für alle Betroffenen schwierig, sondern führt auch wirtschaftlich zu erheblichen Umsatzeinbußen bei den Studierendenwerken. Während diese das Campusleben in den vergangenen Jahren spürbar und nachhaltig prägten, das Engagement in studentischen Gremien attraktiv erscheinen ließen, steht das Campusleben aktuell still.

Gibt es mehr Studierende, die ihr Studium abbrechen bzw. weniger Neumatrikulationen als in den letzten Jahren?

Bisher konnten wir bei beiden Sachverhalten keine gravierenden Veränderungen feststellen.

Auffallend für uns ist, dass teilweise die Studienzeiten durch die Studierenden verlängert werden, um einige Präsenzelemente und Praktika wieder unter normalen Bedingungen absolvieren zu können.

Ist euch als Studierendenrat bekannt, ob vermehrt Studierende durch Corona in finanziellen Problemsituationen gelandet sind?

Aktuell gehen wir davon aus, dass dies der Fall sein wird. Um das genauer sagen zu können, planen wir ab dem 18. Januar eine Umfrage an der Hochschule Mittweida zu diesem Thema. Ein aussagekräftiges Bild der aktuellen Situation an unserer Hochschule erwarten wir Ende Februar, wenn die Umfrage ausgewertet wurde.

Wie plant die Hochschule in den kommenden Semestern mit Corona in Forschung und Lehre weiter zu verfahren?

Das Thema Corona wird die Hochschulen noch über einen längeren Zeitraum beschäftigen. Daher erachten wir es als wichtig, dass das Ministerium, gemeinsam mit den Hochschulen, frühzeitig für Klärung in den verschiedenen Bereichen des studentischen Lebens sorgt.

Dazu gehören ebenso die Sicherheit durch Hygienemaßnahmen, sowie die Finanzierung der Studentenwerke, die Anerkennung von Regelstudienzeitverlängerungen und damit auch die Umsetzung der BAföG-Ansprüche. Das Ganze sollte flächendeckend und transparent an die Lehrenden, die Forschenden und die Studierenden kommuniziert werden und mit ihnen im Einklang realisiert werden.



MAXIMILIAN LENK
Wahlkampfleiter

Alle vier Jahre steht die Bundestagswahl vor der Tür. Der erste Schritt für den Kreisverband ist mit der Kreiswahlversammlung getan. Für die Vorbereitung und die

Durchführung des Wahlkampfes hat sich Maximilian Lenk als ehrenamtlicher Wahlkampfleiter bereit erklärt. Im Interview erklärt er seine Motivation und wo noch Hilfe benötigt wird.

Frage: Lieber Max, welche Erfahrungen hast du denn mit Wahlkämpfen bereits gemacht und was ist deine Motivation Dich in diesem Wahlkampf als Manager einzubringen?

„Ich bin vor drei Jahren in die Partei eingetreten, habe dann 2019 das erste Mal Plakate gehängt und letztes Jahr in Chemnitz den Wahlkampf um das Amt des Oberbürgermeisters in Chemnitz sehr aktiv begleitet. Nicht nur mit klassischen Wahlkampfständen, sondern auch mit neuen Strategien wie Straßenwahlkämpfen auf Stadtteilstreifen sowie dem Haustürwahlkampf. Was mir dabei immer wieder bewusst geworden ist lässt sich leicht zusammenfassen. Wir brauchen frischen, jungen Wind in unserer Partei um mit unseren guten Ideen, über unkonventionelle Strategien, wieder Menschen zu begeistern.“

Frage: Welche Herausforderungen siehst Du durch die aktuelle Pandemie und gibt es schon Ideen und/oder Aktionen, damit im

Wahlkampf umzugehen?

„Durch die aktuelle Corona Situation gibt es in der gesamten Gesellschaft sowie auch in der Partei geteilte Meinungen. Fest steht aber, dass Menschen auf den Straßen sind und aus meiner Sicht wäre der größte Fehler den wir machen könnten, diese Tatsache zu ignorieren und uns auf einen digitalen Wahlkampf zu beschränken. Insbesondere die Erfahrungen der Landesverbände in Baden-Württemberg und in Rheinland-Pfalz mit den Landtagswahlkämpfen zu Beginn dieses Jahres haben uns Perspektiven gezeigt, wie wir trotz Pandemie den Wahlkampf auf die Straße tragen können. Aus meiner Sicht und auch im Austausch mit anderen Kreisverbänden über das Landeswahlplenum hat sich gezeigt, dass fast alle konventionellen Wahlkampfaktionen weiterhin möglich sind. Nur das „wie“ müssen wir ändern. Wahlkampfstände mit Abstand und Maske? Kein Problem, ich sehe das sogar als positiven Nebeneffekt an. Anstatt einen 2 qm großen Wahlkampfstand auf einen 300qm Marktplatz zu stellen, halten wir mindestens 1,5 Meter Abstand ein und breiten uns auf 10 oder 20 qm aus. Corona zwingt uns größere Abstände zu unseren Gegenübern einzuhalten, nein, es bietet uns die Chance den Raum für unsere guten Ideen auch dementsprechend groß zu gestalten!“

Frage: Wie sieht die Zusammenarbeit zwischen dem Kreisvorstand, den Kandidat:innen, den Genoss:innen und Dir als Wahlkampfmanager aus?

„Meiner Überzeugung nach müssen wir innerhalb unserer Partei verstehen, dass wir wieder richtig kommunizieren müssen. Nicht nur im Wahlkampf, sondern die ganze Zeit, nach außen aber auch untereinander als Genossen und Genossinnen. Ich arbeite sowohl mit dem Kreisvorstand, welchen ich in der Corona-bedingten Umstellung technisch unterstützt habe, als auch mit Stefan Hartmann, direkt zusammen. Das Ganze funktioniert nur über regelmäßige Konferenzen und Telefonate, nicht nur mit Stefan und dem Kreisvorstand, sondern auch mit der Kreistagsfraktion und euch vor Ort.“

Frage: Wo wird die Hilfe benötigt und wie können sich die Genoss*innen im Wahlkampf einbringen?

„Natürlich kann ich alle Amts- oder Mandatsträger:innen erreichen, doch wer mir fehlt, seid ihr! Ihr Genossen und Genossinnen vor Ort seid die Wichtigsten um unsere Ideen umzusetzen. Und auch um mir zu sagen, was ihr machen wollt, wo ihr Hilfe benötigt oder wo ihr mich unterstützen könnt! Um das einfacher zu machen führen wir inzwischen monatlich unsere „Offene Debatte Mittelsachsen“ durch, natürlich digital. Speziell jetzt im April wird es um den Wahlkampf gehen und ich würde mich sehr freuen, euch dort begrüßen zu können. Gerne könnt ihr mich auch anrufen oder mir eine Mail mit euren Fragen, Ideen, Anregungen oder was es auch sonst noch einfällt schreiben.“

Telefon: 0171 / 1124497

eMail: maximilian.lenk@dielinke-mittelsachsen.de

raumordnung und verkehrsplanung im landkreis mittelsachsen (teil -3- straßenpersonennahverkehr)

Nachdem wir uns im vergangenen Jahr in mehreren Beiträgen mit der möglichen Reaktivierung von stillgelegten Bahnstrecken in Mittelsachsen (Region um Rochlitz, Döbeln-Meißen) beschäftigt haben, geht es in einer dreiteiligen Serie um die aktuelle Situation des Personen-Nahverkehrs im Landkreis Mittelsachsen. Im Februar stand die raumstrukturelle Gliederung des Landkreises und im März der Eisenbahnverkehr im Mittelpunkt. Im heutigen abschließenden Beitrag geht es um den Straßenpersonennahverkehr im Landkreis. Der untenstehende Netzplan der Regiobus Mittelsachsen GmbH (im Internet interaktiv, im wesentlich größeren Maßstab und mit allen Einzelheiten abrufbar) zeigt den aktuellen Stand der im Landkreis Mittelsachsen verlaufenden Buslinien. In den nebenstehenden Übersichten haben wir die wesentlichen Daten von Regiobus Mittelsachsen und seine „Premiumprodukte“ zusammengefasst, unten findet man eine Übersicht über die Stadtverkehre im Landkreis.

kehrunternehmen aus den Altkreisen Döbeln, Freiberg und Mittweida gebildet.

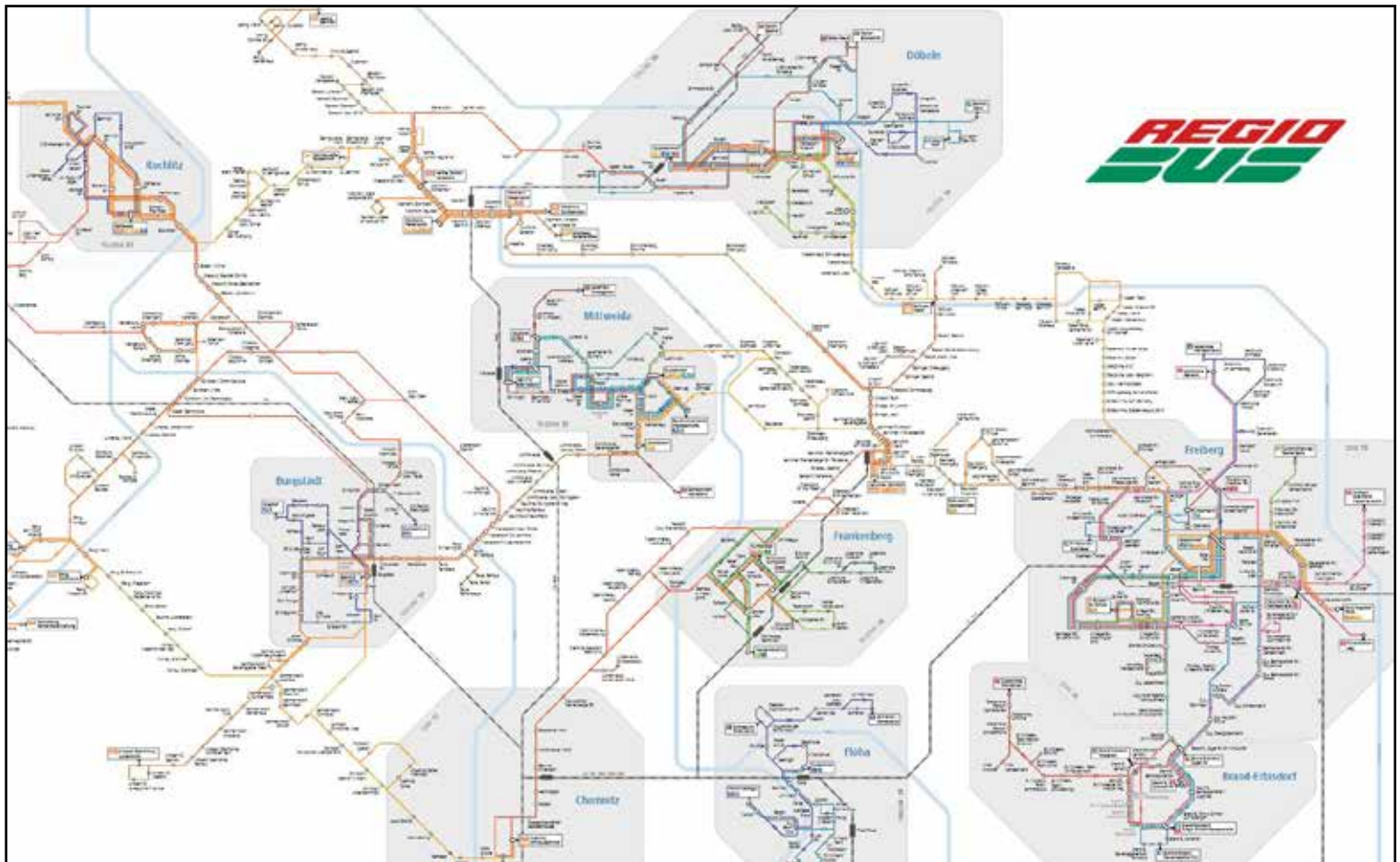
Wichtigster Partner in der Region ist neben dem Landkreis Mittelsachsen der **Verkehrsverbund Mittelsachsen GmbH (VMS)**, einer von fünf sächsischen Verkehrsverbänden. Die Verkehre über die Kreisgrenzen hinaus werden darüber hinaus mit dem Mitteldeutschen Verkehrsverbund (MDV) im Bereich des Großraumes Leipzig - Halle sowie den Regionalverkehren Erzgebirge GmbH und Westsachsen GmbH koordiniert.

Die 173 von Regiobus Mittelsachsen betriebenen Linien umfassen als „Premiumprodukte“:

- **zwei Fernbuslinien**
 - Saxroute Mittweida - Dresden mit Zwischenstopp in Hainichen
 - Bus 400 Annaberg-Buchholz - Dresden mit Zwischenstopps in Großhartmannsdorf, Brand-Erbisdorf und Freiberg
- **drei PlusBus-Linien**
 - 657 Mittweida - Limbach-Oberfrohna
 - 650 Penig - Chemnitz (seit 10. April betrieben mit modernen Hybridbussen vom Typ CHAMPLiner)
 - 750 Freiberg - Döbeln
- **zwei TaktBus-Linien**
 - 675 Mittweida - Frankenberg
 - 682 Mittweida - Rochlitz
- **eine BusBahn-Linie**
 - 629 BusBahn Geithain - Rochlitz - Penig - Glauchau

Regiobus Mittelsachsen GmbH	
Mitarbeiter	467
Anzahl der Busse	237
Liniengenehmigungen (§42 PbefG/§43 PbefG)	173 (121/52)
Länge Liniennetz	4.119 km
Beförderte Personen	13,0 Mio. p.a.
Fahrplankilometer	12,1 Mio.
Haltestellen	4.022

Der Personennahverkehr im Landkreis Mittelsachsen wird durch die **Regiobus Mittelsachsen GmbH** mit Stammsitz sowie zentralem Betriebshof in Mittweida und weiteren Betriebshöfen in Döbeln, Freiberg, Eppendorf und Hartmannsdorf organisiert. Das neue Unternehmen wurde in Folge der Gebietsreform im Jahr 2008 durch den Zusammenschluss der drei kommunalen Ver-



Ausschnitt aus dem Netzplan der Regiobus Mittelsachsen GmbH

Grau unterlegt sind die acht mittelsächsischen Städte, die über einen Stadtverkehr verfügen. Es handelt sich dabei (in alphabetischer Reihenfolge) um **Burgstädt** (zwei innerstädtische Linien), **Döbeln** (vier innerstädtische Linien), **Flöha** (zwei in-

nerstädtische Linien), **Frankenberg** (zwei innerstädtische Linien), **Freiberg/Brand-Erbisdorf** (acht innerstädtische Linien), **Mittweida** (vier innerstädtische Linien) und **Rochlitz** (eine innerstädtische Linie).

von der gründung der sed vor 75 jahren zur „partei neuen typs“

von ACHIM GRUNKE

Als am 21./22. April 1946 in der damaligen Sowjetischen Besatzungszone (SBZ), dem späteren Gebiet der DDR, die KPD mit 619.256 Mitgliedern und die SPD mit 679.159 Mitgliedern sich zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) vereinigten, lag über ein Jahrzehnt von Zwist und gegenseitigem Misstrauen in der Weimarer Republik hinter ihnen, aber ebenso Erfahrungen aus zwölf Jahren des teilweise gemeinsamen Kampfes gegen die Nazidiktatur.

„Unverkennbar wünschten 1945 viele Sozialdemokraten und Kommunisten unter dem Eindruck der bitteren Erfahrungen mit der faschistischen Diktatur, die Spaltung der Arbeiterbewegung zu überwinden und eine sozialistische Partei zu schaffen, die besser sein sollte als die SPD und die KPD der Weimarer Zeit“, so die Einschätzung von Wolfgang Leonhard (1921-2014), einem Zeitzeugen, der selbst SED-Mitglied war, 1950 mit dem Stalinismus brach und später zu den entschiedenen Kritikern der Vereinigung der beiden Parteien gehörte. Zunächst schlossen am 19. Juni 1945 Vertreter beider Parteien „unter Achtung der demokratischen Grundsätze“ eine Vereinbarung ab, mit dem Ziel, einen „Gemeinsamen Arbeitsausschuss“ zu schaffen. Den Gliederungen beider Parteien wurde empfohlen, „in allen Bezirken, Kreisen und Orten zusammenzutreten, ebenfalls gemeinsame Arbeitsausschüsse zu schaffen und in gleicher Weise zusammenzuarbeiten, wie das im zentralen Maßstab geschieht.“ Allerdings kam es auf Länderebene nur in Sachsen am 3. Juli und in Thüringen am 8. August zur Bildung von Arbeitsausschüssen. In anderen Ländern und in vielen Orten verzögerte sich das erheblich, in einigen Orten kamen Arbeitsausschüsse auch bis April 1946 nicht zustande. Das lag zum Teil an den damals fehlenden Verkehrsverbindungen und schlechten Kommunikationsmitteln. Aber auch die Zeit vor 1933 lag noch nicht so weit zurück, als dass die alten Vorbehalte und das Misstrauen zwischen Mitgliedern beider Parteien aus dieser Zeit schon überwunden waren.

So wurde berichtet, dass Kommunisten vereinzelt versuchten, politische Konzepte aus der Weimarer Zeit unter veränderten Bedingungen zu verwirklichen, die darauf hinausliefen, Sozialdemokraten zum Eintritt in die Kommunistische Partei zu veranlassen. Mitunter gab es wie etwa in Zittau extreme Fälle, wo die Zulassung des SPD-Ortsvereins von der Zustimmung der örtlichen KPD abhängig gemacht wurde. Ziemlich häufig kam es aber auch vor, jene Sozialdemokraten, die sich schon für eine Mitgliedschaft in der KPD gemeldet hatten, wieder zurückzuweisen mit dem Auftrag, in der sich bildenden Ortsgruppe der SPD für eine „revolutionäre Linie“ zu sorgen. (A. Malycha, Auf dem Weg zur SED, J.H.W. Dietz Nachf. GmbH, Bonn 1996)

Mancherorts gab es spontane Versuche, um auf lokaler Ebene eine Einheitspartei zu bilden. Unter dem Eindruck der gemeinsam erduldeten Verfolgung in der Nazidiktatur und der Annahme, dass eine einheitlich handelnde Arbeiterbewegung die Machtergreifung Hitlers hätte verhindern können, wollte ein nicht geringer Teil der in Deutschland gebliebenen Mitglieder von KPD und SPD sofort eine einheitliche Arbeiterpartei gründen, um eine Wiederholung der Katastrophe zu verhindern. So versuchten in Chemnitz ältere KPD- und SPD-Mitglieder, eine gemeinsame Partei zu gründen. Auch in Freiberg und in Riesa unternahmen KPD- und SPD-Mitglieder den Versuch, eine gemeinsame Partei zu bilden. All diese Versuche auf lokaler Ebene konnten sich nicht durchsetzen, denn diese Bestrebungen standen im Gegensatz zur Politik der KPD-Führung, die bestrebt war, sich selbst erst mal organisatorisch zu festigen und mithilfe der Sowjetischen Militäradministration (SMAD) wichtige Machtpositionen in den entstehenden Verwaltungen mit eigenen Leuten zu besetzen. Das wiederum verärgerte manche Sozialdemo-

kraten, schürte neues Misstrauen und bestärkte sie in der Meinung, dass man mit den Kommunisten nicht auf ehrlicher Basis zusammenarbeiten könne und es daher besser sei, die SPD in bewusster Anlehnung an die Zeit vor 1933 wieder aufzubauen. (Stefan Donth, Die Gründung der SED in Sachsen, 1995)

kampagne zur einheitspartei

Obwohl die KPD ja zunächst gegen eine sofortige Bildung einer Einheitspartei war, vollzog sie plötzlich im September 1945 eine Kehrtwende und setzte nun auf eine rasche Vereinigung der Parteien. Was war geschehen? Auch in der SBZ konnte die SPD trotz mancher Behinderungen durch die SMAD einen starken Zustrom neuer Mitglieder verzeichnen.



Während die KPD im September 1945 etwa 179 Tausend (im Dezember: ca. 372 T.) Mitglieder zählte, waren es bei der SPD etwa 250 Tausend (im Dezember: ca. 420 T.). Die wachsende Mitgliederzahl stärkte das Selbstbewusstsein der SPD. Dazu im Missverhältnis aber stand die Benachteiligung von SPD-Mitgliedern bei der Besetzung wichtiger Posten in Verwaltung und Polizei. So beklagte Otto Buchwitz, später Landesvorsitzender der SED in Sachsen, in einem Schreiben vom 23. September an Otto Grotewohl, dem Vorsitzenden des Zentralaussschusses der SPD: „Die Personalpolitik in Sachsen ist bald nicht mehr tragbar. Eine ganze Menge unserer Genossen in leitenden Stellungen in größeren und mittleren Städten sind von russ.(ischen) Kommandanten abgesetzt und durch Kommunisten ersetzt worden. Aus der Polizei werden fortlaufend unsere Leute entfernt und Kommunisten eingesetzt... Ich gehöre wirklich zu den ganz ehrlichen Verfechtern des Zieles, zu einer Einheitspartei mit den Kommunisten zu kommen. Das kann aber nur geschehen unter völliger Gleichberechtigung. Wir wollen unter keinen Umständen 5. Rad am Wagen werden.“ Solche Geschehnisse ließen altes Misstrauen gegenüber Kommunisten wieder aufkommen und senkten bei Sozialdemokraten merklich die Bereitschaft zur Einheitspartei. Nun war seitens der KPD schnelles Handeln angesagt und es wurde eine Kampagne zur Schaffung der Einheitspartei gestartet.

In einer Rede am 11. November in Berlin hatte Grotewohl schwerwiegende Bedenken gegen eine Vereinigung anklingen lassen und erklärt, dass aus SPD-Sicht nur ein Reichsparteitag darüber entscheiden könne. Hinzu kam weiterhin, dass am 25. November 1945 bei den Wahlen in Österreich die Kommunisten nur enttäuschende 5% der Stimmen erhielten. Wenn nun keine Vereinigung mit den Sozialdemokraten zustande kam, drohte für die KPD bei den 1946 anstehenden Kommunal- und Landtagswahlen in der SBZ ein ähnlich deprimierendes Ergebnis. Daraufhin forcierte Ende November die KPD ihre Einheitskampagne. Auf Initiative der KPD trat am 20./21. Dezember eine gemeinsame Funktionärskonferenz („Erste Sechziger-Konferenz“) zusammen, an der von jeder Partei 34 Vertreter teilnahmen. Am ersten Verhandlungstag hatte Grotewohl abermals die Benachteiligung der Sozialdemokraten kritisiert, jedoch eine Zusammenarbeit mit den Kommunisten befürwortet, jedoch

eine baldige Vereinigung ausgeschlossen. Am Abend war Grotewohl zu einer Aussprache in die SMAD einbestellt worden. Warum er am nächsten zweiten Verhandlungstag wie ausgewechselt wirkte, darüber wird bis heute gerätselt und spekuliert, denn nach einträchtigem Verlauf der Beratung, ohne Widerrede von Grotewohl, wurden dann zur allgemeinen Verwunderung gemeinsam allgemeine Prinzipien für eine zu bildende Einheitspartei in einer Entschließung fixiert. Um die Sozialdemokraten gefälliger zu stimmen, hatte Anton Ackermann, ein führender KPD-Funktionär, im Auftrag des ZK der KPD im Februarheft der bereits ins Leben gerufenen gemeinsamen Zeitschrift „Einheit“ in einem Aufsatz einen „besonderen deutschen Weg zum Sozialismus“ begründet, der sich vom sowjetischen Modell abheben sollte. Auf der „Zweiten Sechziger-Konferenz“, die am 26. Februar 1946 stattfand, wurden dann die Entwürfe für die „Grundsätze und Ziele der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands“ und für das Parteistatut angenommen, die dann auf dem Gründungsparteitag am 21./22. April 1946 beschlossen wurden. In diesen beschlossenen Dokumenten bekannte sich die SED weitgehend zu demokratischen Grundsätzen im Gesellschaftsaufbau und in der innerparteilichen Organisation.

auf zur „partei neuen typs“

Doch die vom Gründungsparteitag beschlossenen demokratischen Grundsätze sollten in der SED nur eine kurze Lebensdauer haben. Mitten im Kalten Krieg begann unter Einflussnahme der SMAD 1948 mit der 10. Tagung des Parteivorstands am 12./13. Mai die Umformung der SED zur stalinistischen „Partei neuen Typs“, die dann mit der I. Parteikonferenz der SED im Januar 1949 vollendet wurde und eine grundlegende Abkehr von den Beschlüssen des Vereinigungsparteitages bedeutete. Das hieß zunächst die Abschaffung der paritätischen Besetzung der Vorstands nach früherer KPD- bzw. SPD-Mitgliedschaft, die Absage an den „besonderen deutschen Weg“ zum Sozialismus, die Einführung einer zentralistischen Organisation der Partei, die Übernahme des sowjetischen „Nomenklatursystems“ für die Besetzung der Parteifunktionen von oben nach unten und die „Säuberung“ der Partei von „Abweichlern“, „Revisionisten“ und „Agenten“ in den eigenen Reihen.

Nun sollten jene Mitglieder aus der SPD, aber auch der ehemaligen KPD (O) und der SAP sowie kritische Kommunisten recht behalten, die zum schnellen Vereinigungsprozess skeptisch, kritisch und ablehnend gestanden hatten, seinerzeit gedemütigt und verfolgt worden waren. All das veranlasste die PDS-Politikerinnen Gabi Zimmer und Petra Pau in ihrer gemeinsamen Erklärung vom 18. April 2001 zu der Einschätzung, dass Gründung und Formierung der SED „auch mit politischen Täuschungen, Zwängen und Repressionen“ vollzogen wurde. Der Mannheimer Historiker Hermann Weber (1928-2014), selbst ehemaliger Kommunist, wollte im Nachhinein die Vereinigung von KPD und SPD nicht auf eine „Zwangsvereinigung“ reduzieren, mit dem geschickten hineinlotsen von Sozialdemokraten in die „Partei neuen Typs“ sah er darin mehr eine „Betrugsvereinigung“. Und bis 1951 verließen dann auch etwa 350 Tausend ehemalige SPD-Mitglieder die SED wieder.

Seit den 1970er Jahren sah sich die SED in ihrem Selbstverständnis nur noch als kommunistische Partei. Während Walter Ulbricht seine Schreiben noch mit der Grußformel „Mit sozialistischem Gruß“ unterzeichnete, hieß es bei Erich Honecker „Mit kommunistischem Gruß“. Auf dem Sonderparteitag im Dezember 1989 erklärte die SED „Wir brechen unwiderruflich mit dem Stalinismus als System“ und verabschiedete sich damit auch von der „Partei neuen Typs“.

kreisvorstand aktuell

Der Kreisvorstand beriet am 17. März, erneut in einer Online-Sitzung. Auf der Tagesordnung standen u.a. folgende Punkte:

■ **Vorbereitung der Kreiswahlversammlung am 27. März.** Der ehrenamtliche Wahlkampfleiter Maximilian Lenk informierte über den Stand. Der Ablauf- und Zeitplan wurde bestätigt, das vorliegende Hygienekonzept nochmals verschärft. Die Kreisgeschäftsstellenleiterin Ruth Fritzsche informierte, dass an 360 Genossinnen und Genossen aus dem Bundestagswahlkreis 161 (Mittelsachsen) und an 113 Genossinnen und Genossen aus dem Bundestagswahlkreis 163 (Chemnitzer Umland - Erzgebirgskreis II) die Einladungen, der Einberufungsbeschluss des Landesvorstands und das Hygienekonzept der Versammlung versandt wurden. (Hinweis der Redaktion: Wir berichten in dieser Ausgabe auf den Seiten -5- und -6- über den Verlauf und die Ergebnisse der Kreiswahlversammlung).

■ **Öffentlichkeitsarbeit.** Es ist davon auszugehen, dass die Arbeit des Kreisverbandes weiterhin unter den aktuellen Corona-Bedingungen organisiert werden muss. Dabei haben sich - so die Kreisvorsitzende Marika Tändler-Walenta - die erste offene Online-Debatte bewährt. Es wurde festgelegt, zwei weitere solche Debatten mit dem Landesvorsitzenden und Wahlkreisbewerber Stefan Hartmann sowie mit den Landes- und Kreiswahlleitern Lars Kleba und Maximilian Lenk zu organisieren. Weiterhin informierte Marika Tändler-Walenta über die Verleihung des alternativen Frauenpreises an Carmen Sehm und Melanie Doan und über eine Protestaktion gegen die Schließung der Geburten-Station an der Helios-Klinik Leisnig. Es gibt Pläne, nach Corona die Zusammenarbeit des Kreisvorstandes mit der Kreistagsfraktion zu aktivieren und eine Veranstaltung mit allen Kommunalpolitiker*innen der LINKEN in Mittelsachsen zu organisieren. Voraussichtlich im Mai wird eine "Sporttour" der Landtagsfraktion in Mittelsachsen Station machen. Die Sommertour der Landtagsfraktion soll in Freiberg starten. Es wurde festgelegt, im April im Vorstand eine Debatte zur Verbesserung der Online-Kommunikation im Kreisverband zu führen.

■ **Neue Verantwortlichkeiten im Kreisvorstand:** Petra Steidten übernimmt künftig die Aufgabe der Mitgliederbeauftragten des Kreisverbandes, Toni Christoph wird ab Herbst Presseverantwortlicher.

NACHDENKEN (S) - WERT(ES)

Kriege enden immer mit Verhandlungen. Warum also nicht gleich verhandeln?

Jawaharal Nehru
Erster Ministerpräsident Indiens

Der ungerechteste Frieden ist immer noch besser als der gerechteste Krieg.

Marcus Tullius Cicero

Das Denken ist das Selbstgespräch der Seele.

Plato

unsere jubilarer



All unseren Genossinnen und Genossen mit runden und halbrunden Geburtstagen über Sechzig sowie unseren hochbetagten Geburtstagskindern gratulieren wir hiermit ganz herzlich!

Im Mai wird aus diesem Anlass gefeiert bei:

GERRTRAUDE FRITSCH	geb. am	01.05.1939,	in	Leisnig
LUDWIG BRUMM	geb. am	05.05.1930,	in	Brand-Erbisdorf
MARIANNE JUCAK	geb. am	07.05.1926,	in	Geringswalde
ARMIN WEIHS	geb. am	08.05.1939,	in	Döbeln
ERIKA WUNTSCHOFF	geb. am	09.05.1937,	in	Freiberg
GÜNTER SCHEITLER	geb. am	10.05.1946,	in	Flöha
GISELA EXNER	geb. am	13.05.1939,	in	Rochlitz
DITTE KOCH	geb. am	16.05.1951,	in	Bobritzsch-Hilbersdorf
MANFRED KOMMER	geb. am	18.05.1938,	in	Seelitz
MARIANNE WINKLER	geb. am	18.05.1927,	in	Leipzig (Rochlitz)
ANNELIESE OEHMICHEN	geb. am	20.05.1938,	in	Halsbrücke
HELMUT HANTSCHMANN	geb. am	21.05.1932,	in	Brand-Erbisdorf
KLAUS OEHMIG	geb. am	23.05.1940,	in	Penig
CHRISTL WEISKE	geb. am	26.05.1951,	in	Flöha
REINFRIED SCHUBERT	geb. am	27.05.1951,	in	Geringswalde
ROLF PIETZSCH	geb. am	27.05.1935,	in	Döbeln
IRMGARD ULBRICHT	geb. am	27.05.1929,	in	Flöha
IRENE WOLF	geb. am	28.05.1928,	in	Roßwein
EBERHARD LOHSE	geb. am	30.05.1938,	in	Geringswalde
GUDRUN SEIFERT	geb. am	30.05.1940,	in	Flöha

In eigener Sache: An dieser Stelle hat in den „LinksWorten“ seit jeher die Geburtstagsliste unserer Senioren ihren Platz. Laut der aktuellen Datenschutzverordnung der EU dürften wir Namen eigentlich nur bei dokumentierter Zustimmung jedes einzelnen Jubilars veröffentlichen. Wir haben diese Vorgabe für unsere Zeitung aktualisiert. Genossinnen und Genossen, die an dieser Stelle nicht (oder nicht mehr) genannt werden möchten, bittet die Redaktion im Vorab um Information.

historische daten und jahrestage im april 2021

18.04. 1521: Martin Luther auf dem Wormser Reichstag

05. - 15.04. 1896: Erste Olympische Spiele der Neuzeit in Athen

15.04. 1921: Ausschluss von Paul Levi aus der KPD

16.04. 1921: Wolfgang Leonhard, Historiker und Kommunismuskritiker, geboren

14. 04. 1931: Proklamation der zweiten spanischen Republik

06.04. 1941: „Balkanfeldzug“ der deutschen Wehrmacht gegen Jugoslawien und Griechenland

18.04. 1946: Selbstauflösung des Völkerbundes

21. - 22.04. 1946: Zusammenschluss von KPD und SPD in der Sowjetischen Besatzungszone

21. 04. 1946: John Maynard Keynes, britischer

Ökonom, Politiker und Mathematiker, gestorben

12.04. 1961: Erster Weltraumflug eines Menschen (Juri Gagarin, Sowjetunion)

17.04. 1961: Invasion in der Schweinebucht

19.04. 1971: Start der ersten Raumstation (Salut 1, Sowjetunion)

01.04. 1991: Detlev Karsten Rohwedder, Präsident der Treuhand, ermordet

23.04. 1991: Anerkennung der Bodenreform in der DDR durch das Bundesverfassungsgericht

18.04. 1996: Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, dass die in den Jahren 1945 bis 1949 in der Sowjetischen Besatzungszone durchgeführten Enteignungen von Grundbesitz im Sinne des Eignungsvertrages von 1990 nicht rückgängig zu machen sind

09.04. 2001: Emil Carlebach, kommunistischer Politiker und Widerstandskämpfer, gestorben

terminübersicht

april 2021:

17. / 18.04. Kreisvorsitzenden- und Aktionskonferenz der LINKEN (online)
- 22.04. 18:00 Uhr Dritte offene Debatte mit Lars Kleba und Maximilian Lenk (online)
- 24.04. 11:00 Uhr Landesvertreter*innenversammlung Sachsen zur Aufstellung der Landesliste zur Bundestagswahl
Messe Dresden, Messering 6, 01067 Dresden
- 28.04. 18:00 Uhr Sitzung des Kreisvorstandes (online)

mai 2021:

- 01.05. 10:00 Uhr Kundgebung anlässlich des „Tages der Arbeit“ (corona-konform) mit Stefan Hartmann
Mittweida, Marktplatz
- 10.05. 14:00 Uhr Auftaktveranstaltung der Sommertour der sächsischen Landtagsfraktion der LINKEN
Freiberg, Obermarkt
- 26.05. 18:00 Uhr Sitzung des Kreisvorstandes (Bürgerbüro Rochlitz oder online)

riesige banner gegen winzige gehälter:

LINKE will umkehr in gesundheitspolitik und ist in leisnig vor ort

von **FRANZISKA FEHST**

Mit einem riesigen Banner haben Marika Tändler-Walenta, Dieter Kunadt und Mirko Schäffner am Mittwoch, den 24. März 2021 in Leisnig für eine Umkehr in der aktuellen Gesundheitspolitik geworben. Der Ort der Aktion wurde nicht zufällig gewählt, sollte doch dabei nochmals auf die geplante Schließung der Geburtsstation in Leisnig aufmerksam gemacht werden.

„Die Region braucht eine eigene Entbindungsstation. Die Fahrt bis nach Schkeuditz ist eine Zumutung für werdende Mütter und Väter“ findet Marika. Außerdem habe ich nach wie vor Zweifel daran, dass für die Schließung keine finanziellen Gründe ausschlaggebend gewesen sind. Allzu oft steht doch der Profit im Mittelpunkt und nicht der Mensch. Gesundheit darf keine Ware sein! Gerade im Bereich der Pflege fehlen tausende Beschäftigte, gleichzeitig wenden sich Beschäftigte in diesem Bereich wegen schlechter Bezahlung und aus Erschöpfung von diesem Beruf ab. Wir wollen endlich ordentliche Löhne im Gesundheitsbereich und mehr Pflegekräfte im Land. Pflegekräfte sollen Menschen pflegen, nicht die Profite ihres Arbeitgebers“ so die Kreisvorsitzende. „Wir als Linke kritisieren Privatisierungen und Gewinndruck im Bereich Pflege und Gesundheit. Aus meiner Sicht gehört beides, so wie auch andere grundlegende Dinge wie beispielsweise Wasser- und Stromversorgung nicht in die Hände von Privatkonzernen, sondern in kommunale Hand“ ergänzt Dieter Kunadt.

Hintergrund:

DIE LINKE kritisiert die Privatisierungen und Gewinndruck bei Pflege und Gesundheit und will Alternativen aufzeigen. Neben einem 500 € höheren Grundgehalt in der Pflege will die Partei 100.000 mehr Pflegekräfte in deutschen Krankenhäusern. Ein höheres Gehalt in der Pflege sei dringend nötig, damit nicht immer mehr Menschen erschöpft und entmutigt diesen Berufen den Rücken kehren. Die Zwei-Klassen-Medizin soll abgeschafft und durch eine solidarische Gesundheitsversicherung für alle ersetzt werden. DIE LINKE möchte das System aus privater und gesetzlicher Krankenversicherung abschaffen und durch ein Versicherungssystem für alle ersetzen. Die Solidarische Gesundheits- und Pflegeversicherung würde zur Absenkung des Beitragssatzes in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) um rund ein Viertel führen. Zusatzbeiträge sollen abgeschafft werden und Arbeitgeber wieder die Hälfte der Beiträge zahlen. 90 Prozent der Bevölkerung werden so entlastet. Für alle, die weniger als etwa 6.250 Euro brutto pro Monat verdienen, sinkt der Beitrag.

Tag der Kinderbetreuung am 10.05.2021

Jedes Jahr findet am Montag nach dem sogenannten Muttertag, der Tag der Kinderbetreuung statt. Bundesweit soll den Fachkräften in der Kitabetreuung, den Erzieherinnen und Erziehern, den Tagesmüttern und -vätern gedankt werden. In diesem Jahr findet der Aktionstag am 10.05.2021 statt. Der Tag der Kinderbetreuung soll außerfamiliärer Kinderbetreuung in Deutschland den Stellenwert geben, der ihr zusteht. Der Aktionstag wurde bereits 2012 vom Duisburger Peter Gärtner ins Leben gerufen. Seit 2017 wird der Tag der Kinderbetreuung von der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung koordiniert.

An diesem Tag wird es ab 18.00Uhr eine online Veranstaltung vom Landesverband zum Thema „Digitalisierung in Kindertagesstätten“ geben. Dies ist Teil einer Reihe von Veranstaltungen zum Thema Gerechtigkeit in der Bildung. Die Veranstaltungen laufen im Vorfeld der Bildungskonferenz der sächsischen LINKEN und sollen einen Einblick in neue pädagogische Konzepte geben.

Genauere Informationen bekommt ihr per Mail, bei Nachfragen könnt ihr euch gerne direkt an Franziska wenden: franziska.fehst@dielinke-sachsen.de

Ehrung von Ernst Thälmann

Mit einer eMail hat sich der Ortsvorsitzende Freiberg, **ACHIM GRUNKE**, an die Mitglieder seines Ortsverbandes gewandt. Dort heißt es u.a. „Am 16. April ist der Geburtstag von Ernst Thälmann. Nun ist die historische Person Thälmann in der LINKEN nicht unumstritten, dennoch sollten wir seiner als aufrechten Antifaschisten gedenken. Er wurde am 18. August 1944 in Buchenwald erschossen. Seine Mörder blieben in der Bundesrepublik unbehelligt. Gewiss, Thälmann irrte manches Mal. Doch er führte die größte kommunistische Partei Westeuropas an. Am 3. März 1933 fiel er der Gestapo durch Verrat in die Hände. Versuche, ihn aus dem Zuchthaus zu befreien, scheiterten. Stalin tauschte ihn nicht gegen Hitler-Generäle aus. Ernst Thälmann war ein tragischer Held. Vor allem aber ein Opfer des Faschismus, an den würdig zu erinnern ist. Deshalb möchte ich vorschlagen, dass Mitglieder unseres Ortsverbandes am 16. April am Thälmannendenkmal zu einer Gedenkminute zusammenkommen und wir als Vorstand ein Blumengebilde niederlegen.“



Mit einem riesigen Banner protestieren die Kreisvorsitzende und Landtagsabgeordnete Marika Tändler-Walenta (oben) und der Vorsitzende des Ortsverbandes Leisnig und Kreisrat Dieter Kunadt (unten) in Leisnig